



*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitbürger,*

der Name ist Programm und soll uns Verpflichtung sein: Mit unserem BÜRGERBRIEF wollen wir Sie fortan über die Arbeit der FRAKTION FREIE WÄHLER in der Stadtverordnetenversammlung unserer Stadt informieren.

Wir wollen Ihnen zeigen, mit welchen Themen wir uns beschäftigen, wie und warum bestimmte Entscheidungen getroffen werden.

Wir wollen Sie aber auch herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen und das Für und Wider interessierender Entscheidungsprozesse zu diskutieren und gemeinsam unsere Sichtweisen auszutauschen.

Dabei wollen wir gut zuhören und genau hinsehen. Denn auch in der Kommunalpolitik kommt es auf den Blickwinkel an, um Abläufe und Inhalte zu verstehen.

Denn nur gemeinsam gestalten wir das Leben in unserer Stadt.

Für Ihre Hinweise und Anregungen sind wir dankbar. Nehmen Sie uns bitte beim Wort.

Freundliche Grüße  
Dirk Stieger

Themen dieser Ausgabe

*Dirk Stieger*

[Eine Lehrstunde für Politikverdrossenheit](#)

*Norbert Langerwisch*

[Weiterentwicklung des Packhofgeländes](#)

*Dirk Stieger*

[Hitzeaktionsplan auf den Weg gebracht – Konstruktive Zusammenarbeit war zielführend](#)

*Norbert Langerwisch*

[Änderung des Bebauungsplanes für Industriegebiet Nord in Brandenburg – Hohenstücken](#)

*Niklas Stieger*

[Digitales Lernen endlich möglich – Stadt beschafft knapp 2.000 mobile Endgeräte für unsere Schüler und Schülerinnen](#)

*Norbert Langerwisch*

[Energiesparmaßnahmen](#)

*Dirk Stieger*

[Weiterem Gesprächsbedarf zur Übernachtungssteuer verschließen wir uns nicht](#)

*Marco Bergholz*

[Bericht über den Haushaltsvollzug 2022 der Stadt Brandenburg an der Havel zum Stichtag 30.06.2022](#)



---

*Dirk Stieger: Eine Lehrstunde für Politikverdrossenheit*

---

Landauf landab sind die Stimmen nicht mehr zu überhören, die Bilder nicht mehr zu übersehen: In allen Teilen unseres Landes - auch in unserer Stadt - gehen Menschen auf die Straßen, weil die Befürchtungen zu extrem steigenden Energiepreisen jetzt real geworden sind. Betroffene, gerade auch aus Handwerk und Mittelstand, fürchten um ihre Existenz. Traditionsunternehmen müssen bereits jetzt aufgeben. Und der Winter steht erst noch bevor.

Was Handwerker, z.B. Bäcker, längst beklagen, ist so einleuchtend: Die gestiegenen Energiekosten können nicht mit dem Produkt auf den Kunden umgelegt werden. Welcher Bäcker wollte seinen Kunden ein Brot für 8,- EUR anbieten? Welcher Handwerker, der seinen Betrieb schließen muss, kann dann noch Mitarbeiter bezahlen, kann Berufsausbildung sicherstellen oder noch den Sportverein in der Nachbarschaft finanziell unterstützen? Was hier weg bricht ist dramatisch.

Was für das Handwerk und den Mittelstand gilt, trifft auch die Industrie mit voller Wucht. Die deutsche Wirtschaft ist dabei voll auf preiswerte Rohstoffe aus Russland ausgerichtet. Die Preisdifferenz dieser Rohstoffimporte aus Russland zum sonstigen Rohstoffmarkt waren

bislang so erheblich, dass hier im Verhältnis deutlich höhere Löhne und soziale Standards als Ergebnis einer Wertschöpfungskette möglich waren und die deutsche Exportproduktion immer noch wettbewerbsfähig war. Es ist zwangsläufig, dass diese Lage sich dramatisch ändert, wenn der preiswertere Rohstoffimport nicht mehr erfolgt, offenbar auch in Verkennung der Realität und der gesamtgesellschaftlichen Folgen politisch nicht mehr gewollt ist. Industrieunternehmen, die nicht abwandern, werden Produktionskapazitäten an ausländische Standorte verlagern. Das Abwandern ganzer Industriesparten wird dabei dauerhaft sein. Die Deindustrialisierung ist heute schon sichtbar. Deutlich geringere Energiepreise etwa in den USA werden den Prozess beschleunigen.

Dem energiepolitischen Chaos stellt die Ampelregierung bislang wenig echte Hilfe entgegen. Einmalzahlungen, die durch Steuern noch halbiert werden, helfen nicht bei monatlich höheren Energiekosten. Auch mit Ankündigungen lassen sich Rechnungen nicht bezahlen. Energiepreisdeckel, die aktuell helfen, begründen neue erhebliche finanzielle Belastungen, die über viele Jahre u.a. über höhere Steuern abgetragen werden müssen. Die Sockelenergiepreise aber bleiben auf nicht wettbewerbsfähigem Niveau.

Als Fraktion haben wir daher einen Beschlussantrag mit folgendem Text in die SVV eingebracht:

„Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, die gegen die Russische Föderation im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine gerichteten Sanktionen, die sich als nutzlos erwiesen haben, aufzuheben und so den sozialen Frieden im Land zu bewahren und den Mittelstand zu erhalten.“

Die Russische Föderation hat am 24. Februar 2022 die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen. Das steht außer Frage. Heißt aber Solidarität, sich selbst schaden zu müssen? Sanktionen sollten dem Sanktionierten mehr schaden, als dem Sanktionierer.

Zur Sitzung der SVV hatten offenbar die Fraktionen von CDU und SPD ein Papier vorbereitet und ohne Kommentar auf die Tische der Stadtverordneten legen lassen, das als „Änderungsantrag“ zu unserem Beschlussantrag bezeichnet war:

„Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft gesichert werden und zügig ein Energiepreisdeckel für Strom und Gas eingeführt wird, um den sozialen Frieden im Land zu wahren und Unternehmen und Arbeitsplätze zu erhalten.“ Demnach eine Tischvorlage, ohne Erwähnung in der zur Sitzung ergänzten Tagesordnung.

Beide Vorlagen zwangen dazu, Stellung zu beziehen und so waren die Redebeiträge z.T. deutlich abgrenzend.

Auffällig und wenig glaubwürdig war dabei die moralische Überhöhung in einzelnen Beiträgen, wonach der russische Angriffskrieg geradezu in Aufopferung grenzenlose Unterstützung der Ukraine fordere. Wer sich aber in der Vergangenheit zu Angriffskriegen nicht ansatzweise vergleichbar positionierte, nur weil der Angreifer aus dem eigenen Lager kam, wer heute nicht schnell genug um Rohstofflieferungen aus demokratiefernen Golfstaaten oder - ganz aktuell - aus Aserbaidschan wirbt, der muss sich schon nach dem eigenen moralischen Kompass fragen lassen.

Irritierend zudem die Sichtweise eines FDP-Vertreters, wonach sinngemäß Solidarität auch (der eigenen Bevölkerung) weh tun müsse. Auch hier scheint der Kompass nicht mehr zu funktionieren.

Letztlich wurde aber deutlich, dass beide Anträge eigenständige und voneinander unabhängige Ziele verfolgten.

In der Begründung ihres „Änderungsantrages“ erwähnten die Vertreter von CDU und SPD mit keinem Wort, dass ihr Antrag den Beschlussantrag unserer Fraktion mit der Folge „ersetzen“ sollte, dass tunlichst über den Beschlussantrag unserer Fraktion nicht mehr abgestimmt werden müsse.



Als dies dann durch die Art der Sitzungsleitung offenbar wurde, verwunderte diese sonderbare Vorgehensweise nicht nur Mitglieder unserer Fraktion, war bereits auch zuvor in der Aussprache der Stadtverordneten artikuliert worden, beiden Anträgen zustimmen zu wollen.

Auf unseren Protest mühte sich der Sitzungsleiter zu erklären, dass der in der Abstimmung angenommene „Änderungsantrag“ von SPD und CDU eine Abstimmung über unseren Hauptantrag entbehrlich machen würde.

Eine wirklich erstaunliche Sichtweise, wenn sich beide Anträge so deutlich unterscheiden und in der Abstimmung auch beiden Anträgen hatte zugestimmt werden können. Man kann sich schließlich gegen nutzlose Sanktionen aussprechen und für einen Energiepreisdeckel sein. Da ist dann schon die Frage berechtigt, ob etwa der „Änderungsantrag“ nur dazu dienen sollte, eine Abstimmung unseres Antrages zu verhindern? Ist das dann demokratisch? Erstaunlich auch, dass die geistigen Mütter und Väter dieser Handlungsweise offenbar ernsthaft glauben, dass sich unsere Fraktion so etwas bieten lässt. Dabei haben wir unsere Geradlinigkeit oft genug bewiesen und das wird jetzt nicht anders sein.

Zunächst aber liegt der Ball jetzt beim Oberbürgermeister, der im Rahmen seines Beanstandungsrechts messerscharf erkennen wird, dass eine solche Vorgehensweise, die unsere Fraktion in ihren Rechten einschränkt, keinen Bestand haben kann. Denn das Beanstandungsrecht umfasst auch eine Beanstandungspflicht ohne Ermessen. Es wird zu prüfen sein, dass der thematisch abweichende „Änderungsantrag“ eigentlich ein eigenständiger Antrag war, der hätte überhaupt nicht behandelt werden dürfen. Denn eine besondere Dringlichkeit für eine Tischvorlage in der SVV-Sitzung gab es erkennbar nicht. Allenfalls hätte er als Ergänzung durchgehen können.

Alles in allem aber ein unnötiges, ein schlicht unfaires Schauspiel. Und ein Lehrstück für noch mehr Politikverdrossenheit.





---

*Norbert Langerwisch: Weiterentwicklung des Packhofgeländes*

---

Nach Jahren des Stillstands kann jetzt damit begonnen werden die Entwicklung des Packhofareals voranzubringen. Mit großer Mehrheit, und 5 Stimmen der Freien Wähler, hat die Stadtverordnetenversammlung am 28.09.2022 beschlossen, dass die Wobra und ein privater Dritter eine gemeinsame Projektgesellschaft gründen. Die Projektsteuerung soll bei der Wobra liegen. Mit einer solchen Projektstruktur hätte die Stadt mit der Wobra über sämtliche

Projektphasen hinweg bis hin zur späteren Veräußerung von Wohnungen einen deutlich besseren, nachhaltigeren und detaillierteren Einfluss auf die tatsächliche Umsetzung des Entwurfs als es rein über vertragliche Vereinbarungen und Ausschreibungsunterlagen möglich wäre. Darüber hinaus könnte die Einbindung eines privaten Dritten auch die finanzielle Belastung für Stadt und Wobra verringern.



---

*Dirk Stieger: Hitzeaktionsplan auf den Weg gebracht – Konstruktive Zusammenarbeit war zielführend*

---

Und es geht doch: Die SVV kann auch schwierige oder zunächst Streitige Themen bei gutem Willen konstruktiv zu einem guten Ergebnis führen. So geschehen zum Antrag der Fraktion der Freien Wähler zum Hitzeaktionsplan einschließlich eines Sofortmaßnahmenplanes.

Die Stadtverwaltung wird nun bis März 2023 den Entwurf eines Hitzeaktionsplans erstellen

und der SVV zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen. Dazu gehört auch ein Sofortmaßnahmenplan, mit dem die Realisierung bereits erster Maßnahmen in 2023 gesichert werden soll.

Denn: Der nächste - heiße - Sommer kommt bestimmt. Nach den Empfehlungen des Bundesgesundheitsministeriums hat in der letzten



Woche auch das Land Brandenburg einen Hitzeaktionsplan für das Land Brandenburg auf den Weg gebracht.

In ersten Maßnahmen soll es nun gerade in der Innenstadt um mehr Schatten, mehr grüne Oasen zur Erholung und mehr Trinkmöglichkeiten gehen.



Nachdem Bedenken der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen zur Notwendigkeit eines eigenen Hitzeaktionsplanes für unsere Stadt ausgeräumt werden konnten, weil der Hitzeaktionsplan des Landes die notwendigen kommunalen Festlegungen nicht ersetzen kann, wurde

dann auch einem Änderungsantrag der Grünen zugestimmt, wonach grundsätzlich die Erarbeitung des Konzeptes durch die Verwaltung selbst erfolgen soll und dass dabei eine ämterübergreifende Arbeitsweise erfolgen sollte.

Unser Antrag fand dann in der Abstimmung große Zustimmung.

Es kann damit möglich werden, schon im nächsten Sommer mit einer Vielzahl auch kleinteiliger Maßnahmen den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor den Folgen von Hitzeereignissen zu verbessern.



---

***Norbert Langerwisch: Änderung des Bebauungsplanes für Industriegebiet Nord in Brandenburg - Hohenstücken***

---

Der Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1 für das Industriegebiet Nord in Brandenburg – Hohenstücken stimmten die Freien Wähler und auch die anderen Fraktionen der SVV zu. Ausdrücklich begrüßen wir als Freie Wähler, dass

Photovoltaikfreiflächenanlagen im Bereich des ausgewiesenen Industriegebietes zukünftig ausgeschlossen werden. Grundsätzlich gehören Photovoltaikanlagen auf Dächer. Der Aufbau auf Freiflächen ist nicht anstrebenswert.



---

***Niklas Stieger: Digitales Lernen endlich möglich – Stadt beschafft knapp 2.000 mobile Endgeräte für unsere Schülerinnen und Schüler***

---

Im Rahmen der Stadtverordnetenversammlung im September hatte die Verwaltung über die Umsetzung des Digitalpakt-Schule-Förderprogramms in den städtischen Schulen unserer Stadt zu berichten. Der Digitalpakt Schule umfasst Fördergelder des Bundes von insgesamt 5 Milliarden Euro, um die Digitalisierung in den Schulen voranzutreiben und somit eine Lehre im digitalen Zeitalter zu ermöglichen. Nachdem das Förderprogramm aufgrund von hohen bürokratischen Hürden anfänglich nur sehr schleppend umgesetzt wurde, sind nun seit Anfang die-

ses Jahres auch erste spürbare Erfolge in den Schulen unserer Stadt zu sehen. So informierte die Verwaltung, dass seit Anfang März 2022 insgesamt 965 mobile Endgeräte, vor allem Laptops, in den Schulen eingesetzt werden. Im Rahmen eines Zusatzprogramms konnte die Stadt weitere 921 mobile Endgeräte kaufen, welche alle zum Beginn des neuen Schuljahres einsatzbereit sind. Insgesamt werden somit bisher knapp 2.000 mobile Endgeräte für eine



digitale Lehre in den Schulen unserer Stadt genutzt. Das ist ein erster großer Entwicklungsschritt hin zu einer digitalen Lehre, der auch bei den Schülerinnen und Schülern spürbarer angekommen ist. Um den Unterricht noch weiter an die digitale Welt anzupassen, hat die Verwaltung das Ziel bis im Jahr 2024 an allen städtischen Schulen unter anderem schulweites professionelles WLAN zu installieren sowie stationäre digitale Tafelsysteme mit interaktivem Bildschirm in allen Unterrichtsräumen zu errichten. Um diese Prozesse zu unterstützen und zu beschleunigen, möchte die Stadt im Laufe dieses Jahres auf einen zweiten Medienkoordinator zurückgreifen, welcher die Stadt bei der Umsetzung dieser Ziele maßgeblich unterstützt. Diese Maßnahmen sind aus unserer Sicht auch notwendig, um die schulische Lehre an unser digitales Zeitalter anzupassen. Nur so können Kinder und Jugendliche eine moderne und gute Bildung erfahren.

Um diese Prozesse zu unterstützen und zu beschleunigen, möchte die Stadt im Laufe dieses Jahres auf einen zweiten Medienkoordinator zurückgreifen, welcher die Stadt bei der Umsetzung dieser Ziele maßgeblich unterstützt. Diese Maßnahmen sind aus unserer Sicht auch notwendig, um die schulische Lehre an unser digitales Zeitalter anzupassen. Nur so können Kinder und Jugendliche eine moderne und gute Bildung erfahren.

Um diese Prozesse zu unterstützen und zu beschleunigen, möchte die Stadt im Laufe dieses Jahres auf einen zweiten Medienkoordinator zurückgreifen, welcher die Stadt bei der Umsetzung dieser Ziele maßgeblich unterstützt. Diese Maßnahmen sind aus unserer Sicht auch notwendig, um die schulische Lehre an unser digitales Zeitalter anzupassen. Nur so können Kinder und Jugendliche eine moderne und gute Bildung erfahren.



---

*Norbert Langerwisch: Energiesparmaßnahmen*

---

Aufgrund der aktuellen politischen Lage in der Ukraine verbunden mit der verschärften Entwicklung auf den Energiemärkten zeichnet sich eine beispiellose Verteuerung bei Gas und Strom ab. Dabei geht es um Energiesparmaßnahmen in Verwaltungsgebäuden und Schulen sowie Sportstätten. Als Freie Wähler haben wir uns bei dieser Vorlage enthalten, weil ein Großteil der Maßnahmen bereits in Gesetzen bzw. Verordnungen der Bundes- und Landesregierung vorgegeben sind. Darüber hinaus sind Einschränkungen für die Bediensteten in der

Verwaltung möglicherweise geeignet im geringen Umfang Energie einzusparen, führen aber gleichzeitig dazu, dass die Arbeitsbedingungen erheblich verschlechtert sind und auch zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen können. Bemerkungen, wie z. B. die des FDP Fraktionsvorsitzenden, dass Solidarität auch weh tun muss, tragen nicht unbedingt dazu bei, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten bzw. zu verbessern. Wem hilft es in der Ukraine, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung frieren?



---

*Dirk Stieger: Weiterem Gesprächsbedarf zur Übernachtungssteuer verschließen wir uns nicht.*

---

Den Beschlussantrag zur Erhebung der Übernachtungssteuer ab 01.01.2023 und zu einem konkreten Entwurf einer Übernachtungssteuersatzung haben wir bereits zu Beginn der SVV in der Abstimmung der Tagesordnung ausgesetzt, die Vorlage also nicht abstimmen lassen. D.h., der Beschlussantrag bleibt bestehen und wir werden ihn zu einem späteren

Zeitpunkt wieder aufrufen. Grund für das so geschaffene Zeitfenster ist, dass wir in den letzten Wochen, gerade auch in Gesprächen mit Touristikern, festgestellt haben, dass noch viel Unsicherheit besteht, dass Missverständnisse auszuräumen sind und dass auch Unterschiede zwischen Kurtaxe, Übernachtungssteuer und Tourismusbeitrag kaum bekannt sind.





Gerade in den letzten Tagen haben wir Gespräche mit Inhabern von Pensionsbetrieben geführt und dabei festgestellt, dass wir konkret benennen müssen, was mit den erwarteten Steuereinnahmen erfolgen soll. Wir wollen Projekte und Vorhaben benennen, die touristische Angebote vor Ort erweitern, die unsere Stadt als Reiseziel noch attraktiver machen. Der dabei erkannten Gesprächsbereitschaft stellen wir uns gern. Bestenfalls können wir vermitteln, dass sich der Aufwand zur Erhebung der Übernachtungssteuer für Hotels

und Pensionen lohnt, weil die Einnahmen in Projekte für den Tourismus investiert werden. Wenn dann alle Beteiligten erkennen können, dass die vom Gast erhobene Übernachtungssteuer langfristig weitere Investitionen in den Tourismusstandort sicherstellen und dass ohne diese Abgabe eigene Spielräume im städtischen Haushalt nicht bestehen, dann sollten die Vorteile der „Bettensteuer“ deutlich werden. Wir freuen uns auf weitere konstruktive lösungsorientierte Gespräche.



---

**Marco Bergholz: Bericht über den Haushaltsvollzug 2022 der Stadt Brandenburg an der Havel zum Stichtag 30.06.2022**

---

Der Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel ist aktuell ein Doppelhaushalt für die Jahre 2022/2023. Mit der Vorlage 191/2022 berichtet nun die Stadtverwaltung mit dem Datum 30.06.2022 zum aktuellen Ist-Stand im laufenden Haushaltsjahr. Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Planung der Verwaltung für das Haushaltsjahr 2022. Diese sieht Erträge in Höhe von 343,4 Mio. Euro sowie Aufwendungen in Höhe von 354,7 Mio. Euro vor. Damit ergibt sich für das Haushaltsjahr 2022 ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von – 11,32 Mio. Euro. Die Hochrechnungen per 30.06.2022 ergeben eine Verbesserung der Erträge um 5,41 Mio. Euro auf 348,82 Mio. Euro und eine Verringerung der Aufwendungen um 3,35 Mio. Euro auf 351,36 Mio. Euro. Somit ergibt sich ein um 8,76 Mio. Euro verbessertes ordentliches Ergebnis. Die Fraktion der Freien Wähler nimmt das

wohlwollend zur Kenntnis, ist doch ein positives ordentliches Ergebnis oder zu mindestens die „schwarze Null“ das Ziel eines jeden Kämmers. Leider ist es aber auch nicht von der Hand zu weisen, dass uns die Ausgaben im sozialpflichtigen Bereich immer mehr aus dem Ruder laufen. In diesem Bereich betragen die Ausgaben mittlerweile schon 1/3 unseres gesamten Haushaltsbudgets. Hier wurde es seitens der Verwaltung in den vergangenen Jahren versäumt Wege zu finden, um eine auskömmliche Finanzierbarkeit hinzubekommen. Es gilt hier eine bessere Umverteilung seitens des Landes Brandenburg zu erreichen. Die Defizite im Haushalt belaufen sich hier auf ca. 20% und konnten in den vorangegangenen Jahren nur durch die Teilentschuldungsvereinbarung abgebaut werden. Der kommunale Finanzausgleich des Landes Brandenburg muss neu ausgerichtet



werden, um die kreisfreien Städte zu stärken und finanziell zu entlasten. Hier gilt es seitens der Stadt einen Appell in Richtung Landesregierung auf den Weg zu bringen, um eine Änderung herbeizuführen.